

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVII. Jahrgang, Nr. 4

April 1954

Inhalt

Die Konjunkturlage im Frühjahr 1954

Weltwirtschaftlicher Hintergrund — Guter Start in der Frühjahrssaison — Konjunkturimpulse in der Außen- und Binnenwirtschaft — Die Voraussetzungen für eine Mengenkonjunktur

Die wirtschaftliche Lage auf einzelnen Gebieten

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Der Bundeshaushalt im Jahre 1953

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die Konjunkturlage im Frühjahr 1954

Weltwirtschaftlicher Hintergrund — Guter Start in der Frühjahrssaison — Konjunkturimpulse in der Außen- und Binnenwirtschaft — Die Voraussetzungen für eine Mengenkonjunktur

Ungleiche Konjunktur in USA und Westeuropa

Die Weltwirtschaft wird gegenwärtig von gegensätzlichen Strömungen beherrscht. In den *Vereinigten Staaten*, dem führenden Wirtschaftsland der westlichen Welt, geht die Konjunktur seit Herbst 1953 zurück. Die Industrie produzierte im März 1954 um 10% weniger als in den besten Monaten des Jahres 1953 und beschäftigte bei gekürzter Arbeitszeit um 7% weniger Arbeitskräfte¹⁾. Die besonders konjunkturrempfindliche Stahlindustrie nützt nur knapp zwei Drittel ihrer Kapazität aus. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im April 1954 3,5 Mill., d. i. um zwei Drittel mehr als im April 1953. Der Rückgang von Einkommen und Beschäftigung schwächte die Konsumkraft der Bevölkerung; die Einzelhandelsumsätze sanken um 6% unter den Höchststand vom Jahre 1953¹⁾. Besonders der Absatz dauerhafter Güter stagniert. Obwohl mehr als je zuvor gebaut wird und die Investitionstätigkeit sich auf hohem Niveau hält, war das Brutto-Nationalprodukt im I. Quartal 1954 um 3% niedriger als im III. Quartal 1953¹⁾.

Die Konjunkturschwäche der amerikanischen Wirtschaft geht hauptsächlich auf den Abbau über-

höhter Vorräte und auf die Einschränkung der Staatsausgaben zurück. Während der Hochkonjunktur in den ersten drei Quartalen 1953 war die Produktion dem laufenden Verbrauch weit vorausgeeilt, so daß größere Vorräte gebildet wurden. Um die Lager wieder auf ein „normales“ Ausmaß zurückzuführen, schränkte der Handel seit Herbst 1953 seine Bestellungen und die Industrie ihre Produktion ein. Damit wurden kumulative Wirkungen ausgelöst, die sich über die gesamte Wirtschaft ausbreiteten. Diese in der Regel nur kurze und milde „Lagerrezession“ wurde dieses Mal durch Anpassungsschwierigkeiten verstärkt, die sich aus der Einschränkung des Rüstungsaufwandes von 46,0 Mrd. \$ (Jahresrate) im II. Quartal 1953 auf 38,4 Mrd. \$ im I. Quartal 1954 ergaben. Der Rückgang der öffentlichen Nachfrage hätte nur durch ein rasches Steigen des privaten Verbrauches wettgemacht werden können. Tatsächlich jedoch ging auch dieser zurück, da der Lagerabbau die Kaufkraft schwächte und die Regierung die Steuern nur wenig senkte.

Stärke und Dauer der amerikanischen Konjunkturschwäche lassen sich kaum voraussehen. Die amerikanische Regierung und ihre Berater halten an der optimistischen Prognose fest, daß nur eine Neuadjustierung des Wirtschaftsgefüges im Gange sei, die

¹⁾ Saisonbereinigte Zahlen.

bald wieder von einer neuen wirtschaftlichen Expansion abgelöst werde. Dafür sprächen die anhaltende Hausse an der Börse, das Vertrauen aller amerikanischen Bevölkerungsschichten in die Stabilität der Wirtschaft, das in Befragungen Unternehmer und Verbraucher über die geplanten Ausgaben im Jahre 1954 bekundeten, und nicht zuletzt der Umstand, daß sich der Rückschlag in jüngster Zeit verlangsamt habe. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß der Lagerabbau bisher noch nicht sehr weit gediehen ist und der Absatz dauerhafter Konsumgüter weiter zurückgeht. Mit der Fortdauer der Konjunkturschwäche wächst jedoch die Gefahr, daß die optimistischen Erwartungen der Wirtschaft, wenn ihnen mehr und mehr die reale Grundlage entzogen wird, in eine um so hartnäckigere Baissestimmung umschlagen.

Bemerkenswerterweise hat der Rückgang der Konjunktur in den USA bisher die Weltwirtschaft nur wenig beeinflußt. Auf den *Rohwarenmärkten*, die als besonders krisenanfällig gelten, entstand im I. Quartal 1954 sogar eine neue Hausse. Strategische Vorratskäufe der USA, der Konflikt in Indochina und die Erschöpfung der Vorräte in den Industriestaaten haben die Nachfrage belebt, während das Angebot wegen der Preisrückgänge im Jahre 1953 verknappt wurde. Für Kaffee, Tee und Kakao wurden Rekordpreise erzielt, die Märkte für Nicht-Eisenmetalle, voran Zinn, konnten sich vom Rückschlag im Jahre 1953 sichtlich erholen. Amerikanisches Schmalz war fast doppelt so teuer wie vor einem Jahr. Nur auf den Getreide- und Futtermittelmärkten herrschte nach wie vor ein stärkerer Preisdruck, da die guten Ernten den Importbedarf der Zuschußländer verminderten, die Vorräte der Überschußländer aber weiter wachsen. Der Index der Rohwarenpreise von *Moody* war Ende des I. Quartales 1954 um 5,6% höher als Ende 1953. Erst Mitte April ließ der Preisauftrieb wieder nach.

Ebenso unerwartet wie die Rohwarenmärkte reagierten die *Dollarbilanzen*, vor allem Westeuropas und des Sterlinggebietes. Nach den Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit und im Jahre 1949 drohte schon bei einem geringfügigen Konjunkturunbruch in den USA der übrigen Welt ein empfindliches Dollardefizit. Tatsächlich jedoch haben die Gold- und Dollarreserven außerhalb der USA bis in die jüngste Zeit zugenommen. Zwar sind die Importe der amerikanischen Wirtschaft seit Herbst 1953 annähernd so stark zurückgegangen wie die Industrieproduktion. Dieser Ausfall an Dollareinkünften wurde aber durch Kapitaltransaktionen und vor allem dadurch wettgemacht, daß die europäischen Länder dank der guten Ernte und der wachsenden Industrieproduktion ihre Dollarausgaben beträchtlich einschränken konn-

ten. Die gesamten Gold- und Dollarreserven außerhalb der USA stiegen im IV. Quartal 1953 um 453 Mill. \$; sie waren Ende 1953 mit 220 Mrd. \$ um 26 Mrd. \$ höher als Ende 1952. Seither haben sie weiter zugenommen, vor allem im Sterlinggebiet, das Ende April 1954 über 28 Mrd. \$ zentrale Währungsreserven verfügte, mehr als in irgendeinem Monat seit Oktober 1951.

Die günstige Dollarbilanz läßt *Westeuropa* einen gewissen Spielraum für eine von der amerikanischen Konjunktur unabhängige Wirtschaftspolitik. Die Konjunkturbelebung, die sich in den meisten westeuropäischen Ländern im Jahre 1953 anbahnte, hat sich Anfang 1954 verbreitert. Im I. Quartal 1954 war die Industrieproduktion Westeuropas um 7% höher als ein Jahr vorher. Die wirtschaftliche Expansion ist am stärksten in Westdeutschland, Italien, in den Niederlanden und in Großbritannien. Aber auch in den übrigen Ländern nimmt die Produktion langsam zu oder hält zumindest ein hohes Niveau.

Das stetige Wachstum der westeuropäischen Wirtschaft wird gegenwärtig weniger durch die Konjunkturschwäche in den USA als durch die unausgeglichene Zahlungsbilanzen innerhalb Westeuropas erschwert. Die Überschüsse der strukturellen Gläubigerländer, vor allem Westdeutschlands, und das chronische Defizit Frankreichs beeinträchtigen die Funktionsfähigkeit der EZU, die nur kurzfristige Schwankungen in den Zahlungsbilanzen ausgleichen sollte. Voraussichtlich wird die Zahlungsunion – mit einigen Änderungen in den Zahlungsbedingungen – um ein Jahr, bis Mitte 1955, verlängert werden. (Nach Diskussionsvorschlägen sollen die laufenden Überschüsse der Gläubigerländer zu einem größeren Teil als bisher in bilateralen Verhandlungen konsolidiert werden.) Auf die Dauer jedoch wird sie sich, wie jedes multilaterale Zahlungssystem, nur dann bewähren, wenn die Ursachen der strukturellen Überschüsse und Defizite – das Ungleichgewicht in den internationalen Waren- und Leistungsströmen – beseitigt werden. Das setzt voraus, daß alle Beteiligten ihre innere Wirtschaftspolitik der jeweiligen Zahlungsbilanzsituation anpassen und sich an bestimmte Spielregeln der internationalen Zusammenarbeit halten. Die Schuldnerländer müssen eine betont vorsichtige Währungspolitik befolgen und durch selektiv wirkende Maßnahmen den Export fördern. Und die Gläubigerländer müssen die Anpassungsschwierigkeiten der Schuldnerländer erleichtern, indem sie die Binnenkonjunktur beleben und die Einfuhr durch eine liberale Importpolitik und durch niedrige Zölle fördern.

Guter Start in der Frühjahrssaison

Die österreichische Wirtschaft hat sich seit Frühjahrsbeginn kräftig belebt. Die Bausaison ist mit dem Eintritt besseren Wetters rasch in Schwung gekommen; bereits im April waren gebietsweise Facharbeiter und Baustoffe knapp. Auch die Leistungen der übrigen Wirtschaftszweige sind vielfach stärker als saisongemäß gestiegen. Sie lagen im März durchwegs über dem Vorjahresstand: die Mengenumsätze im Einzelhandel um 8%, die Übernachtungen im Fremdenverkehr um 11%, die Transportleistungen der Bundesbahnen um 17%, das Exportvolumen sogar um 28%. Die Industrie produzierte bereits im Februar um 9% mehr als ein Jahr vorher. Die hohen Preise forcierten den Holzeinschlag, die tierische Produktion der Landwirtschaft wächst weiter. Im ganzen dürfte das reale Brutto-Nationalprodukt im I. Quartal 1954 – bei wenig veränderten Dienstleistungen – um etwa 5% größer gewesen sein als im Vorjahre.

Der *Arbeitsmarkt* wurde im März und April stärker als saisonüblich entlastet. Die Wirtschaft stellte in den beiden Monaten 124.400 zusätzliche Arbeitskräfte ein, um 17.800 mehr als im Vorjahre. Ende April waren 1.933.300 unselbständig Erwerbstätige beschäftigt, um 23.300 mehr als im April 1953. Gleichzeitig ging die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 125.800 auf 179.300 zurück; sie lag damit nur noch knapp (um 2.000) über dem Stand vom April 1953. Gegenüber dem Vorjahre waren weniger Bauarbeiter, Metall- und Holzarbeiter, aber noch mehr Textilarbeiter, Bekleidungsarbeiter und Gaststättenarbeiter arbeitslos. Die Belegung auf dem Arbeitsmarkte zeigt sich auch darin, daß die Zahl der offenen Stellen erstmals seit 1951 wieder zunimmt; sie war Ende April mit 22.000 die höchste seit April 1952. Die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften läßt erwarten, daß die Zahl der Arbeitsuchenden trotz höherem Angebot bereits im Mai unter den Vorjahresstand sinken wird.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag stieg im Februar um 6,9%, d. i. um 3,8% mehr als saisonüblich. Der saisonbereinigte Index war mit 178,0 (1937 = 100) um 9,3% höher als im Februar 1953 und erreichte wieder den hohen Stand vom IV. Quartal 1953, obwohl wegen des kalten Wetters noch um 21% weniger Baustoffe produziert wurden als ein Jahr vorher. Dieser Ausfall wurde durch eine höhere Produktion in anderen Zweigen mehr als wettgemacht. Die Metallhütten konnten dank reichlicher Versorgung mit Energie um 54% mehr erzeugen als im Februar 1953, die chemische Industrie (+ 30%) produzierte bedeutend mehr Zellwolle, Düngemittel, Zündhölzer und Kautschukwaren, die Papierindustrie

(+ 28%) zog aus der Preis- und Mengenkongunktur im Export Nutzen und der Elektroindustrie (+ 17%) gab die lebhaftere Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern neuen Auftrieb.

Im März dürfte die Industrieproduktion weiter zugenommen haben. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes sicherte das kräftige Anlaufen der Bausaison den Investitionsgüterindustrien zusätzliche Aufträge. Da außerdem der Handel seine Lager teilweise auffüllte, konnte die Produktion verschiedener Eisen- und Metallwaren, wie Schrauben, Schlösser und Beschläge, stärker ausgeweitet werden. Im April allerdings wurden in einzelnen Branchen – vor allem in der Maschinenindustrie – wieder weniger Bestellungen aufgegeben. Die Konsumgüterindustrien haben sich durchwegs weiter belebt. Besonders Möbel, Külschränke, Gummi- und Plastikwaren konnten in größeren Mengen produziert und abgesetzt werden. In der Textilindustrie sind nach wie vor die exportorientierten Zweige, wie die Stickereien, besser beschäftigt als die vorwiegend für den heimischen Bedarf arbeitenden Zweige. Die Erzeugung von Leder und Schuhen hält sich auf dem Vorjahresstand.

Die *Landwirtschaft* brachte bis Ende März 406.545 t Brotgetreide aus der letzten Ernte auf den Markt, um 28% mehr als im Vorjahre. Dank den hohen Vorräten kann der Anschluß an die neue Ernte ohne größere Einfuhren gefunden werden. Auch die Marktleistung an tierischen Produkten liegt über dem Vorjahresstand. Im März wurde um 20% mehr Milch angeliefert als ein Jahr vorher. Nach Beginn der Grünfütterung, die heuer um 14 Tage später als gewöhnlich einsetzen wird, ist mit größeren Absatzschwierigkeiten zu rechnen. Es wird daher erwogen, den Fettgehalt von Milch und Butter zu erhöhen und größere Mengen von Butter zu exportieren. Über diesen Fragenkomplex, insbesondere auch über eine allfällige Erhöhung der Preise, wird gegenwärtig verhandelt. Die gewerblichen Schlachtungen waren im März um 10% höher als im März 1953, wiewohl um 3.500 t mehr Vieh exportiert wurde. Dagegen hat das kühle Wetter den Gemüsebau stark behindert. Nach Wien wurden im April 3.651 q inländisches Gemüse pro Woche geliefert, gegen 6.587 q im Vorjahre. Da nur in unzureichenden Mengen Gemüse eingeführt wurde, waren die Preise um ein Mehrfaches höher als im Vorjahre.

Der *Güterverkehr* stieg im März stärker als saisonbedingt. Die Transportleistung der Bundesbahnen erhöhte sich je Arbeitstag um 10% und überschritt um 17% den Vorjahresstand. Die umfangreichen Transporte von Baustoffen, Erzen, Eisen, Düngemitteln und Nahrungsmitteln konnten mit dem verfügbaren

Wagenraum nicht bewältigt werden, so daß ausländische Wagen beansprucht werden mußten. Gleichzeitig wurden im Schiffsverkehr auf der Donau, der im Februar durch Eis und niedrigen Wasserstand stark behindert worden war, 163.900 t befördert, gegen nur 48.400 t im Februar. Der *Personenverkehr* schnitt wegen des schlechten Wetters weniger günstig ab. Bahn und Omnibusse beförderten zwar saisonbedingt mehr Personen als im Februar, aber weniger als ein Jahr vorher.

Die *Umsätze im Einzelhandel* waren im März um 14% höher als im Februar und um 13% höher als im März 1953. Vor allem wurden mehr Textilien und Schuhe verkauft; der Absatz entsprach trotzdem nicht ganz den Erwartungen. Besonders Waschstoffe, aber auch Wirk- und Strickwaren sowie Wäsche und Weißwaren gingen schlecht. Dagegen konnten dank der Ausweitung des Ratengeschäftes und einem reichlichen Anbot preiswerter Waren um 30% mehr Möbel und Haushaltgegenstände abgesetzt werden als im März 1953. Die großzügige Konsumfinanzierung von Gas- und Elektrogeräten und die allgemeine Senkung der Kreditkosten für Ratengeschäfte dürfte den Verbrauch weiter zugunsten langlebiger Konsumgüter (Haushaltgegenstände, Motorräder, Roller, Autos u. a.) verschieben. Die Umsätze von Lebensmitteln nahmen um 7% zu und waren um 18% höher als im Vorjahre. Für Kaffee, Zucker, Süßwaren und Speisefett wurde mehr ausgegeben. Dagegen ist der Verbrauch von Tabakwaren niedriger als vor der Preiserhöhung, wiewohl die im Dezember auf Vorrat gekauften Mengen bereits erschöpft sein dürften.

Die *Ausfuhr* stieg im März um 141 Mill. S auf 1.342 Mill. S, das Ausfuhrvolumen war mit 185% von 1937 das höchste seit Kriegsende. Gegenüber Februar wurden vor allem mehr Eisen, Stickstoff, Aluminium und Nahrungsmittel ausgeführt. Fast die Hälfte des zusätzlichen Exportes ging nach Westdeutschland, das gegenwärtig rund 20% aller Exporte aufnimmt. Gleichzeitig mit der Ausfuhr stieg die *Gesamteinfuhr* um 229 Mill. S auf 1.326 Mill. S, hauptsächlich infolge hoher Importe von Rohstoffen, Düngemitteln und halbfertigen Waren. Der Überschuß im gesamten Außenhandel betrug 16 Mill. S, gegen 104 Mill. S im Februar. Im *Fremdenverkehr* waren die Zahl der Ausländer-Übernachtungen um 18% und die Devisenerlöse um 32% höher als im März 1953.

Konjunkturimpulse in der Außen- und Binnenwirtschaft

Die Belebung der Wirtschaft im Frühjahr scheint mehr zu sein als nur eine kurzfristige Reaktion auf die witterungsbedingten Produktionseinschränkungen

zu Jahresbeginn. Dafür sprechen: die anhaltend günstige Außenhandelskonjunktur, die zusätzlichen, großteils aus liquiden Mitteln der Kreditinstitute finanzierten Investitionen der öffentlichen Hand, nicht zuletzt der stetig wachsende private Verbrauch. Außerdem scheinen sich die Lager so weit verringert zu haben, daß die Nachfrage wieder voll der laufenden Produktion zugute kommt. Im ganzen bestehen daher günstige Voraussetzungen für eine weitere konjunkturelle Erholung der österreichischen Wirtschaft.

Die stärksten Impulse gehen nach wie vor vom *Außenhandel* und von der *Zahlungsbilanz* aus. Die kommerzielle Handelsbilanz, die im I. Quartal 1953 (vor der Kursanpassung) noch ein Defizit von 4 Mill. \$ hatte, wies im I. Quartal 1954 einen Überschuß von 5 Mill. \$ auf. Einschließlich der „unsichtbaren“ Transaktionen dürfte die Devisenbilanz einen Überschuß von rd. 35 Mill. \$ haben (endgültige Zahlen liegen noch nicht vor), gegen 76 Mill. \$ im Vorjahre. Die Notenbank übernahm per Saldo um 699 Mill. S mehr Gold und Devisen als im I. Quartal 1953, wiewohl seit der Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande auch die Fremdwährungsguthaben der Banken stärker zunehmen. (Die Devisenbestände der Banken stiegen vom 31. Dezember 1953 bis 28. Februar 1954 von 522 Mill. S auf 635 Mill. S.)

Die Zahlungsbilanz steht in den nächsten Monaten unter stark divergierenden Einflüssen. Auf der einen Seite wird die fortschreitende Liberalisierung der Einfuhr und der „unsichtbaren“ Transaktionen den Devisenbedarf etwas erhöhen. (Die 75%ige Liberalisierung wurde vom 30. Juni auf 20. Mai vorverlegt.) Gleichzeitig ist es keineswegs sicher, ob die Exporte und damit auch die Devisenerlöse auf bisheriger Höhe gehalten werden können. Der österreichische Export besteht in hohem Maße aus sehr konjunkturrempfindlichen Waren, allein auf Eisen und Holz entfallen 34% der Gesamtausfuhr. Ein Rückgang des Welthandels würde ihn daher besonders schwer treffen. Schließlich läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, unter welchen Voraussetzungen Österreich im Rahmen der EZU eine neue Rallonge erhalten wird. (Der gegenwärtige Kreditrahmen von 130 Mill. \$ ist bereits bis auf 11 Mill. \$ ausgenützt und dürfte nur knapp bis Mitte 1954 reichen.) Diesen Belastungen und Unsicherheiten stehen unmittelbar sehr konkrete Erleichterungen gegenüber: der geringere Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln infolge der guten Ernte, der von der Landwirtschaft zwecks Steuerung der Inlandspreise forcierte Export von Nahrungsmitteln und die vielfach durch Zollerhöhungen begünstigte Ersetzung ausländischer Industriewaren durch heimische Produkte. Wägt man die sicheren,

wahrscheinlichen und möglichen Reaktionen auf die Zahlungsbilanz ab, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die Überschüsse in naher Zukunft kaum geringer werden dürften. Konjunkturpolitisch kann also damit gerechnet werden, daß die „unfreiwilligen“ Kapitalexporte in Form von Devisenüberschüssen weiterhin zusätzliche Einkommen schaffen und die Liquidität der Wirtschaft erhöhen werden.

Der zweite Eckpfeiler der Konjunktur ist die *Investitionstätigkeit*, die bis Herbst 1953 rückläufig war, nunmehr aber wieder lebhafter zu werden verspricht. Ziemlich sicher ist, daß die öffentliche Hand im Jahre 1954 mehr investieren wird als im Vorjahre. Der Bundesvoranschlag 1954 enthält investitionsähnliche Ausgaben in Höhe von 3.420 Mill. S, um 660 Mill. S mehr als der (vorläufige) Rechnungsabschluß 1953 (ohne ERP-Freigaben)¹⁾. Einschließlich der außerhalb des Budgets verrechneten Wohnbauförderungsbeiträge und der ERP-Investitionen, die annähernd so hoch sein dürften wie im Vorjahre — über die Freigabe von 800 Mill. S ERP-Mittel wird zurzeit verhandelt —, werden rund 5,0 Mrd. S Bundesmittel für Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben zur Verfügung stehen, um 13% mehr als im Jahre 1953. Für den konjunkturpolitischen Effekt dieser Investitionen ist entscheidend, daß rund 1 Mrd. S ao. Ausgaben durch Anleihen (hauptsächlich Post-, Bundesbahn- und Opernanleihe) finanziert werden. (Die ordentlichen Budgeteinnahmen werden im Jahre 1954 vermutlich nur die ordentlichen Ausgaben decken.) Die Aufbringung dieser Mittel schmälert weder die verfügbaren Privateinkommen noch die Kreditbedingungen für die übrige Wirtschaft.

Über die Investitionspläne der Gebietskörperschaften fehlen vollständige und vergleichbare Zahlen. Die Länder und Wien zusammen haben für 1954 investitionsähnliche Ausgaben in Höhe von 1,8 Mrd. S budgetiert, um über 200 Mill. S mehr als im Voranschlag 1953, der vielfach allendings überschritten worden sein dürfte. Ebenso wie der Bund beschaffen sich auch die Länder und Gemeinden zusätzliche Mittel von den Kreditinstituten. Allein die Hypothekenanstalten haben im I. Quartal 1954 60 Mill. S Kommunalobligationen ausgegeben, gegen nur 2 Mill. S im I. Quartal 1953.

Das große Fragezeichen sind die Investitionen der privaten Wirtschaft. Die Landwirtschaft hat im I. Quartal 1954 nur wenig investiert, die Verschlechterung der Ertragslage im Jahre 1953 legte den Land-

wirten eine vorsichtige Investitionspolitik nahe. Die Zahl der neu zugelassenen Traktoren sank von 2.265 im I. Quartal 1953 auf 1.217 im I. Quartal 1954 und die Produktion von Landmaschinen von 4.264 t auf 2.003 t. In den letzten Wochen scheint jedoch die von den Landwirten geübte Zurückhaltung, die man bereits mit einer gewissen Sättigung mit Landmaschinen zu erklären bereit war, einer bemerkenswerten Investitionsbereitschaft gewichen zu sein. Offenbar wurde dieser Umschwung durch die Bereitstellung eines Rationalisierungskredites für die Landwirtschaft in Höhe von 300 Mill. S zu verbilligten Zinssätzen ausgelöst. Auch Preisnachlässe und Einkaufsdarlehen für Landmaschinen scheinen sich günstig auszuwirken.

Die Industrie scheint dem Investieren nicht mehr so abgeneigt zu sein wie in den letzten Jahren. Das deuten die Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien an. Begreiflicherweise möchte aber die Industrie zunächst die Folgen der Liberalisierung überblicken, ehe sie sich zu größeren Investitionen entschließt. Mit der Wiederkehr der Investitionsneigung wird aber die Lösung des Problems der Finanzierung privater Investitionen — der öffentlichen Hand ist es verhältnismäßig leicht, langfristiges Fremdkapital zu erhalten — unaufschiebbar.

Die dritte wichtige Stütze der gegenwärtigen Konjunktur ist der *private Verbrauch*. Der seit Mitte 1952 langsam, aber stetig steigende Trend der Konsumausgaben wird sich in den kommenden Monaten verstärken. Dafür spricht zunächst die Ermäßigung der Lohnsteuer. Im März 1954 sind nur 100 Mill. S an Lohnsteuer, einschließlich Zuschlägen für Besatzungskosten und Wohnhauswiederaufbau eingegangen, gegen 192 Mill. S im Monatsdurchschnitt 1953. Wenn man berücksichtigt, daß im Februar 1954 um 7% weniger Arbeitskräfte beschäftigt waren als im Durchschnitt 1953 — die Lohnsteuererträge im März resultieren aus den Februarbezügen —, beträgt die Steuerersparnis 85 Mill. S monatlich, oder rund 1 Mrd. S pro Jahr²⁾.

Ein zweiter kaufkraftsteigernder Impuls ist von der Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter in verschiedenen Branchen und Berufen zu erwarten. Von den rund 60 Lohnforderungen der Gewerkschaften zu Jahresbeginn haben die wichtigsten bereits zu konkreten Ergebnissen geführt. Bisher wurden u. a. die

¹⁾ Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1952 beträgt die Zunahme der investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes laut Voranschlag 1954 rd. 1 Mrd. S.

²⁾ Dieses Ergebnis stimmt mit der theoretischen Steuerersparnis überein, die das Institut auf Grund einer rohen Einkommenschichtung anlässlich der Einkommensteuerreform im Herbst v. J. schätzte. Siehe „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einkommensteuerreform“ in Nr. 11 der Monatsberichte, Jg. 1953, Seite 317.

Löhne der Metallarbeiter um 4% bis 10%, der Bauarbeiter um 7%, der Gaststättenarbeiter um 10% und der Brauereiarbeiter um 6,5% erhöht. Die Industrieangestellten konnten eine Erhöhung der Mindestgehälter um 5 bis 14% durchsetzen und die Handelsangestellten erhielten eine Urlaubszulage in Höhe eines halben Monatsgehältes. Diese Lohnvereinbarungen haben den Index der Arbeiternettolöhne für Wien um 4% erhöht. Tatsächlich sind die Einkommen der Unselbständigen weniger gestiegen, da in vielen Fällen, besonders bei den Industrieangestellten, die wirklichen Bezüge bereits bisher höher waren als die tarifmäßigen und die Akkordsätze meist unverändert geblieben sind. Schätzungsweise dürfte durch die bisherigen Lohn- und Gehaltserhöhungen ebenso viel zusätzliche Kaufkraft, wie durch die Senkung der Einkommensteuer geschaffen worden sein.

Ein dritter, allerdings nur vorübergehend die Nachfrage stimulierender Faktor ist die in letzter Zeit stark forcierte Konsumfinanzierung. Bereits im Jahre 1953 hatten allein die Ratenfinanzierungsinstitute annähernd 1 Mrd. S neue Konsumkredite gewährt, um 400 Mill. S mehr als im Jahre 1952. Dazu kommen die Kredite des Handels, der Banken und Sparkassen. Im Jahre 1954 ist mit einer weiteren beträchtlichen Zunahme zu rechnen. Besonders der Handel bemüht sich, neue Käuferschichten für dauerhafte Güter zu interessieren, die seit der Liberalisierung billiger geworden sind. Die Sonderaktionen für Elektro- und Gasgeräte, die besonders günstige Bedingungen bieten, werden auch kaufkraftschwächeren Kreisen die Anschaffung dieser Geräte ermöglichen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die konsumbelebende Wirkung des Ratengeschäftes mit einer zunehmenden Verschuldung der Konsumenten einhergeht und die Krisenempfindlichkeit der Wirtschaft erhöht. Wiewohl das Volumen der Konsumkredite in Österreich noch lange nicht so groß ist wie in anderen Ländern, legt das relativ niedrige Durchschnittseinkommen der österreichischen Bevölkerung doch einen sparsamen Gebrauch dieses konjunkturpolitischen Mittels nahe.

Die Voraussetzungen für eine Mengenkonjunktur

Die hier skizzierten Auftriebskräfte werden die Gesamtnachfrage allmählich ausweiten. Die Frage ist nur, ob diese zusätzliche Kaufkraft Produktion und Beschäftigung beleben und zu einer echten Mengenkonjunktur führen oder sich vorwiegend in Preiserhöhungen erschöpfen und in weiterer Folge die Währung und Zahlungsbilanz gefährden wird.

Die Preis- und Lohnbewegungen in letzter Zeit dürfen nicht übersehen, aber auch nicht dramatisiert werden. Das allgemeine Preisniveau ist seit der konjunkturellen Erholung im Jahre 1953 leicht gestiegen. Mitte April 1954 waren die Indizes der Lebenshaltungskosten und der Großhandelspreise um 9% und 5% höher als im April 1953. (Gegenüber April 1952 waren die Lebenshaltungskosten um 0,7% höher, die Großhandelspreise um 5% niedriger.) Gleichzeitig ist auch der Index der Nettotariflöhne um rund 4%¹⁾ gestiegen. Bei den beiden Preisindizes ist zu berücksichtigen, daß besonders Waren mit einem hohen Indexgewicht teurer geworden sind. (Im Großhandelspreisindex sind es ausländische Rohstoffe, im Lebenshaltungskostenindex Fleisch und Gemüse.)

Ein Teil der letzten Verteuerungen geht unmittelbar oder mittelbar noch auf die Vereinheitlichung der Wechselkurse im Mai v. J. zurück. Der österreichische Schilling war in einem Augenblick sinkender Weltmarktpreise und flauer Binnenkonjunktur abgewertet worden. Dadurch wurden mit der Wechselkursabwertung unvermeidlich verbundene Importverteuerungen zum Teil abgeschwächt, zum Teil konnten sie sich im Inlande infolge schwächerer Nachfrage nicht durchsetzen. Einzelne Schlüsselprodukte, wie Eisen, waren aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen zunächst stabil gehalten worden. Das Anziehen einzelner Weltmarktpreise und die leichte Belebung der Binnenkonjunktur in den vergangenen Monaten hat aber für Preiserhöhungen neue Voraussetzungen und ein günstigeres Klima geschaffen.

Die Kursabwertung beeinflusste aber nicht nur über den Import, sondern auch über den Export die Preise im Inlande. Die höheren Exporterlöse z. B. für Schnittholz trieben die inländischen Rohholzpreise in die Höhe. Diese wiederum sowie die Verteuerung verschiedener Rohstoffimporte haben die Erhöhung der Papierpreise veranlaßt, was wieder Preiserhöhungen in der papierverarbeitenden Industrie zur Folge hatte. Der Zeitungspreis ist nur ein Beispiel von vielen. Schlechte Ernten in Übersee haben die Preise für Kaffee, Kakao und Fettrohstoffe in die Höhe getrieben, so daß z. B. Schokoladewaren- und Seifenpreise stiegen. Für die Lebenshaltungskosten besonders fühlbar sind die Erhöhung der Fleischpreise und die ungewöhnlich hohen Preise für Frühgemüse.

In einzelnen Fällen sind die Preiserhöhungen auch durch Lohnsteigerungen mit verursacht worden, z. B.

¹⁾ Mit 2 Kinderbeihilfen um 3,9%, ohne Kinderbeihilfen um 4,7%.

die Bier- und Kaffeepreise in Gaststätten. Tatsächlich haben die Gewerkschaften ihr zu Jahresbeginn aufgestelltes Lohnforderungsprogramm, das ungefähr 60 Branchen, darunter so wichtige wie die Bau- und Holzarbeiter, Metallarbeiter und Industrieangestellten erfaßte, großteils durchsetzen können.

Trotz diesen Preis-Lohnbewegungen kann von einer neuen Preis-Lohn-Spirale nicht die Rede sein. Bei den Preiserhöhungen handelt es sich im allgemeinen um Anpassungen an das internationale Preisniveau, die sich aus der freieren Gestaltung des Außenhandels ergeben. Die Neuadjustierung des Preisgefüges infolge der Kursanpassung scheint jedoch weitgehend abgeschlossen. Damit aber sind zunächst die wirksamsten Preisauftriebstendenzen erschöpft. Die Weltmarktpreise haben sich im April bereits wieder beruhigt und die Landwirtschaft scheint, nachdem ihr die Erhöhung des Fleischpreises gelungen ist, den Viehexport einzuschränken und den heimischen Markt wieder stärker zu beliefern. Die Gemüsepreise werden mit dem Eintritt milderer Wetters rasch fallen.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, daß mit der Aufhebung der Koppelungsgeschäfte und mit der Liberalisierung der Einfuhr sowie dank steigender Produktivität der Wirtschaft zahlreiche Waren billiger oder qualitativ besser geworden sind. Die Verbilligung von Haushaltmaschinen, Kühlschränken, Autos, Motorrädern und Motorrollern, Benzin, Porzellan, Photoapparaten, Südfrüchten, Gewürzen u. a. ist für minderbemittelte Bevölkerungsschichten sicher kein ausreichender Ersatz für die Verteuerung von Fleisch, Gemüse, Zigaretten, Bier, Kaffee, Seife und Eisenbahnfahrten. Trotzdem werden durch diese Verbilligungen, die im Lebenshaltungskostenindex nicht sichtbar werden, einem immer größeren Kreis von Menschen, auch Arbeitern und Angestellten, bisher nicht erhältliche oder nicht erschwingliche Güter zugänglich.

Die Liberalisierung hat übrigens praktisch kaum erst begonnen. Sie wird sich erst in den kommenden Monaten — vor allem mit der 75%igen Liberalisierung der Importe ab 20. Mai — fühlbarer auswirken können. Die Erhöhung der Zölle mag in vielen Fällen Preissenkungen zunächst verhindern. Die Zollmauern sind im allgemeinen aber nicht so hoch, daß sie nicht von der ausländischen Konkurrenz übersprungen werden könnten. Besonders für kapitalkräftige ausländische Firmen, die selbst über einen hohen und stabilen Inlandsabsatz verfügen, werden auch relativ hohe Zölle kein unüberwindliches Hindernis sein, wenn sie auf dem österreichi-

schen Markt Fuß fassen wollen. Aber auch rein inlandsbestimmte Preise und durch Prohibitivzölle oder Einfuhrbeschränkungen geschützte Preise unterliegen vielfach indirekt der Konkurrenz durch ausländische Substitute.

In diesem Lichte betrachtet sind die Aussichten für eine Mengenkonjunktur von der Preisseite her keineswegs ungünstig, besonders da auch die neue Lohnbewegung zunächst im großen und ganzen abgeschlossen sein dürfte. Die bisherigen Lohnerhöhungen haben sich in relativ engen Grenzen gehalten. Meist handelte es sich nur um Nachziehungen kollektivvertraglicher Mindestsätze, nicht um eine allgemeine Erhöhung der wirklichen Bezüge. Im ganzen haben die bisherigen Lohnerhöhungen das gesamte Lohnniveau nur um wenige Punkte erhöht und sich im Rahmen des Produktivitätsfortschrittes gehalten.

Schließlich ist die heimische Produktion auf fast allen Gebieten noch genügend erweiterungsfähig und in der Lage, innerhalb bestimmter Grenzen eine zusätzliche Nachfrage durch ein erhöhtes Güterangebot zu decken. Dabei ist nicht nur an die zurzeit noch bestehenden Reserven an Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln zu denken, sondern auch an den laufenden Produktivitätsfortschritt, der Kosten senkt und Produktivkräfte für eine zusätzliche Produktion freisetzt. Nötigenfalls würden die hohen Devisenreserven und der laufende Überschuß in der Zahlungsbilanz die Möglichkeit bieten, Preiserhöhungen bei Konsum- und Investitionsgütern durch zusätzliche Einfuhren hintanzuhalten.

Die Voraussetzungen für eine gesunde Expansion der österreichischen Wirtschaft waren wohl seit Kriegsende noch nie so günstig wie im Augenblick. Diese Beurteilung übersieht nicht die Vielfalt und Schwierigkeit der noch ungelösten Probleme, die vor allem im Zusammenhang mit der Liberalisierung und ihren Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung, Lebenshaltung und Lebensfähigkeit der österreichischen Wirtschaft aufgeworfen werden.

Die Zölle in ihrer gegenwärtigen und künftig möglichen Höhe bieten nur einen relativen Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Sie zwingen die privaten Unternehmer ebenso wie die Direktoren der verstaatlichten Betriebe, unausgesetzt an Kosten- und Preissenkungen zu denken und nötigenfalls einschneidende Produktionsumschichtungen ins Auge zu fassen. Die Abkehr von den quantitativen Importrestriktionen und die Einordnung in ein internationales Wettbewerbssystem, das auf einen schrittweisen Abbau der Zölle und in Richtung konvertibler Währungen tendiert, erfordert in höherem Maße als bisher unternehmerische Initiative, Weitblick, Ein-

fühlungsvermögen, Entschlußkraft und von beiden Sozialpartnern gesamtwirtschaftliches Denken und Verantwortungsbewußtsein. Die Mengenkonzunktur, d. h. die Ausdehnung der Produktion und Sicherung hoher Beschäftigung sowie Steigerung der Umsätze bei gleichen oder sinkenden Kosten und Preisen, ist kein Geschenk des Himmels, sondern die Frucht mühevoller und beharrlicher Anstrengungen. Besonders in einem Lande wie Österreich, das erst in einem längeren Umschichtungsprozeß die Schwächen seiner Wirtschaftsstruktur überwinden kann, ist die Mengenkonzunktur ein Pflänzchen, das sorgsam gepflegt werden muß. Wiewohl die verantwortlichen Leiter der

Betriebe den wirtschaftlichen Erfolg im Auge haben müssen, könnte die rücksichtslose Ausnützung jeder Möglichkeit zu Preissteigerungen die Wirtschaft ebenso in Gefahr bringen, wie die kompromißlose Durchsetzung von Lohnforderungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen. Die Mengenkonzunktur erfordert daher ständiges Abwägen von Produzenten- und Konsumenteninteressen, gegenseitige Rücksichtnahme der sozialen Partner, eine durch keine doktrinären Vorurteile gehemmte Bereitschaft, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren und den Mut zu einem elastischen wirtschaftspolitischen Kurs.